

Allgemeine Prüfungsordnung

für die
Bachelor-Studiengänge
und für die
Master-Studiengänge

an der
Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
(APO)

(nichtamtliche Lesefassung)

Auf Grund von § 112 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl., S. 171) in der geltenden Fassung in Verbindung mit dem Übertragungsbescheid der Hamburgischen Behörde für Wissenschaft und Forschung vom 23. Oktober 1978 in der Neufassung vom 5. Juli 2007 wurde diese Allgemeine Prüfungsordnung für die Bachelor-Studiengänge und für die Master-Studiengänge an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg als Neufassung vom Akademischen Senat beschlossen am 12. Oktober 2023,

durch die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg genehmigt am 18. Dezember 2023,

durch das Bundesministerium der Verteidigung genehmigt am 19. Dezember 2023

und im Hochschulanzeiger Nr. 10/2023 veröffentlicht am 20. Dezember 2023.

Änderung der Ordnung:

Lfd. Nr.	Akad. Senat	FHH	BMVg/ PI 5	HSA
1.	13.06.2024/ 28.08.2024 (Eilentscheid Präsident)	Az.: BWFGW/W14/5 E31010-01 vom 09.09.2024	Gz.: PI5 – 38-01- 01 vom 10.09.2024	Nr. 08/2024 vom 10.09.2024

Lfd. Nr.	Akad. Senat	BMVg	HSA	Anzeige bei Behörde FHH
2.	13.11.2025	12.12.2025	Nr. 10/2025 vom 22.12.2025	Bericht HT 2025

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Geltungsbereich	4
§ 2 Studienziele, Prüfungszweck, Akademische Grade	4
§ 3 Regelstudienzeit, Höchststudiendauer.....	4
§ 4 Aufbau des Studiums	4
§ 5 Voraussetzungen für die Zulassung zum Studium	5
§ 6 Module und Leistungspunkte.....	6
§ 7 Prüfungsausschüsse	7
§ 8 Prüfende und Beisitzende.....	9
§ 9 Anerkennung und Anrechnung von Leistungen	9
§ 10 Zulassung zu Modulprüfungen.....	10
§ 11 Modulprüfungen.....	11
§ 12 Interdisziplinäre Studienanteile	12
§ 13 Prüfungsarten.....	13
§ 14 Abschlussarbeiten	15
§ 15 Bewertung von Prüfungsleistungen und Notenbildung.....	17
§ 16 Wiederholung von Prüfungsleistungen	18
§ 17 Versäumnis und Rücktritt.....	19
§ 18 Täuschung und Plagiate	19
§ 19 Ordnungsverstoß und Verfahrensmängel	20
§ 20 Fortschrittskontrolle	20
§ 21 Auszug aus der Studienakte	21
§ 22 Bestehen und Nichtbestehen.....	21
§ 23 Zeugnis, Urkunde und Diplomanhang.....	22
§ 24 Ungültigkeit von Abschlussprüfungen	23
§ 25 Akteneinsicht und Klausureinsicht	23
§ 26 Inkrafttreten, Außerkrafttreten.....	23

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Ordnung regelt Ablauf und Verfahren der Prüfungen in allen konsekutiven Bachelor- und Master-Studiengängen an der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg (fortan "Universität").
- (2) Ihre Vorschriften werden durch Fachspezifische Studien- und Prüfungsordnungen (FSPO) für die einzelnen Studiengänge ergänzt und fachlich konkretisiert.
- (3) Die Ordnung für die Gestaltung, das Studium und die Organisation der Interdisziplinären Studienanteile (ISA-Ordnung) kann die Regelungen dieser Ordnung durch besondere organisatorische und Verfahrensvorschriften für den Bereich der Interdisziplinären Studienanteile gem. § 12 ergänzen.

§ 2 Studienziele, Prüfungszweck, Akademische Grade

¹Studiengänge an der Universität sind kompetenzorientiert. ²Die FSPO definieren für ihre Studiengänge die jeweiligen Studienziele und regeln die Vergabe akademischer Grade, die bei Erreichen des Studienziels verliehen werden.

§ 3 Regelstudienzeit, Höchststudiendauer

- (1) ¹Bachelor-Studiengänge an der Universität umfassen 180 ECTS-Leistungspunkte, die Regelstudienzeit im Sinne von § 53 Abs. 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) beträgt drei Jahre ²Abweichend davon umfasst der Bachelor-Studiengang „Rechtswissenschaft für die öffentliche Verwaltung“ 186 ECTS-Leistungspunkte.
- (2) ¹Konsekutive Master-Studiengänge umfassen 120 ECTS-Leistungspunkte, die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. ²Abweichend davon umfasst der berufsbegleitend studierbare Master-Studiengang „Vergabe- und Vertragsrecht“ 60 ECTS-Leistungspunkte, seine Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre und drei Monate.
- (3) ¹Der Zeitraum, in dem die Studierenden alle für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Leistungen erbracht haben müssen (Höchststudiendauer), umfasst für Bachelor-Studiengänge drei Jahre, für die Master-Studiengänge nach Abs. 2 Satz 1 ein Jahr und neun Monate. ²Für die konsekutive Durchführung von Bachelor- und Master-Studiengang im Rahmen des qualifizierten Übergangs in das Master-Studium gem. § 5 Abs. 6 beträgt die Höchststudiendauer insgesamt vier Jahre. ³Für den Master-Studiengang „Vergabe- und Vertragsrecht“ beträgt die Höchststudiendauer zwei Jahre. ⁴§ 16 Abs. 6 Satz 6 bleibt unberührt.
- (4) Können Prüfungen aus schwerwiegenden Gründen, welche der oder die Studierende nicht zu vertreten hat, nicht innerhalb der Höchststudiendauer abgelegt werden, verlängert der zuständige Prüfungsausschuss diese auf begründeten Antrag der oder des Studierenden entsprechend; § 17 Abs. 2 gilt analog.

§ 4 Aufbau des Studiums

- (1) ¹Die Studiengänge bestehen aus Modulen zum Studium des Faches und Modulen zum Erwerb allgemeiner berufsqualifizierender Kompetenzen. ²Der konkrete Inhalt und der Aufbau des jeweiligen Studiengangs sind in den FSPO geregelt.
- (2) ¹Zu den Modulen zum Erwerb allgemeiner berufsqualifizierender Kompetenzen gehören unter anderem Interdisziplinäre Studienanteile (ISA) gemäß § 12 und

Fremdsprachenausbildung. ²Im Rahmen der Fremdsprachenausbildung werden bei Nachweis des Sprachleistungsprofils (SLP) 3332 des Bundessprachenamtes in der englischen Sprache oder eines gleichwertigen Nachweises englischer Sprachfertigkeiten acht ECTS-Leistungspunkte vergeben; die FSPO können vorsehen, dass ausländische Studierende mit einer anderen Erstsprache als Deutsch statt dessen das Sprachzertifikat SLP 3332 oder ein äquivalentes Zertifikat in der deutschen Sprache nachweisen können. ³Die Qualifikation nach Satz 2 wird in der Regel vor Beginn des Studiums erworben und ist spätestens bis zum Ende des Bachelor-Studiums nachzuweisen; die FSPO können eine kürzere Frist für die Erbringung dieses Nachweises vorsehen. ⁴Die hiermit verbundenen acht ECTS-Leistungspunkte sind nicht durch andere Module kompensierbar. ⁵Der Bachelor-Studiengang Bauingenieurwesen umfasst die Qualifikation nach Satz 2 nicht.

- (3) ¹Ergänzend ist im Bachelor-Studiengang eine weitergehende Fremdsprachenausbildung in einer von dem oder der Studierenden zu wählenden Sprache im Umfang von vier ECTS-Leistungspunkten zu absolvieren; in interdisziplinär angelegten Studiengängen können die FSPO von diesem Erfordernis absehen. ²Studierende, die das Sprachzertifikat nach Absatz 2 Satz 2 erst im Laufe ihres Bachelor-Studiengangs erwerben, können das weitere Modul zur Fremdsprachenausbildung durch ein anderes Modul im Umfang von mindestens vier ECTS-Leistungspunkten aus dem ISA-Bereich oder aus dem Fachstudium substituieren.
- (4) Die FSPO englischsprachiger Studiengänge sowie die FSPO für den Bachelor-Studiengang „Rechtswissenschaft für die öffentliche Verwaltung“ können von den Absätzen 2 und 3 abweichende Regelungen für Interdisziplinäre Studienanteile und für die Fremdsprachenausbildung vorsehen. Die FSPO für den Master-Studiengang „Rechtswissenschaft für die öffentliche Verwaltung“ kann abweichende Regelungen für Interdisziplinäre Studienanteile vorsehen.

§ 5 Voraussetzungen für die Zulassung zum Studium

- (1) Zum Bachelor-Studium kann zugelassen werden, wer die in § 37 oder § 38 HmbHG für ein Bachelor-Studium geforderten Bildungsvoraussetzungen nachweist.
- (2) ¹Eine Zulassung ist ausgeschlossen, wenn der oder die Studierende in dem gleichen Studiengang an einer Hochschule eine nach der Prüfungsordnung vorgeschriebene Prüfung endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch verloren hat. ²Dies gilt auch für die Zulassung zu einem anderen Studiengang der Universität, wenn die Prüfungsgegenstände der betreffenden Prüfung auch in diesem Studiengang durch die einschlägige FSPO verbindlich vorgeschrieben sind; Wahlpflichtprüfungen bleiben hierbei außer Betracht.
- (3) ¹Zum Studium in einem Master-Studiengang nach § 3 Abs. 2 Satz 1 kann zugelassen werden, wer ein fachlich einschlägiges Bachelor-Studium im Umfang von mindestens 180 ECTS-Leistungspunkten an einer Hochschule mit mindestens der Gesamtnote "gut" (2,5 oder besser) abgeschlossen hat, sofern kein Versagungsgrund nach Abs. 2 vorliegt. ²Die FSPO können ein strengeres Notenerfordernis festlegen. ³Für Absolventinnen und Absolventen eines Intensivstudienganges ermäßigt sich das Notenerfordernis nach Satz 1 bzw. 2 auf "befriedigend" (3,0 oder besser). ⁴Zum Studium in dem Master-Studiengang „Vergabe- und Vertragsrecht“ kann zugelassen werden, wer entsprechend den Vorgaben der betreffenden FSPO ein Studium in einem grundständigen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat, sofern kein Versagungsgrund nach Abs. 2 vorliegt.

- (4) ¹Die FSPO können entsprechend den Anforderungen ihrer Studiengänge weitere Zulassungsvoraussetzungen für das Bachelor- oder Master-Studium vorsehen. ²Sie regeln, welche Bachelor-Studiengänge fachlich einschlägig im Sinne von Abs. 3 Satz 1 sind. ³Sieht die FSPO die Durchführung eines Praktikums vor Studienbeginn als Zulassungsvoraussetzung zum Bachelor-Studium vor, so kann der Fakultätsrat beschließen, dass für die Zulassung der von der Covid-19-Pandemie oder auswirkungsgleichen epidemischen Lagen betroffenen Studierendenjahrgänge von dieser Anforderung abgesehen wird, es sei denn, für das Absolvieren des Praktikums werden im Rahmen des Studiengangs Leistungspunkte vergeben.
- (5) ¹Studierende, deren Abschlussnote um weniger als 0,5 hinter der gem. Abs. 3 geforderten Note zurückbleibt, können ihre Eignung für den Master-Studiengang in einem Qualifizierungsgespräch nachweisen. ²Näheres regeln die FSPO bzw. entsprechende Ausführungsbestimmungen.
- (6) ¹Studierende aus Bachelor-Studiengängen der Universitäten der Bundeswehr können die Zulassung zu einem Master-Studiengang ausschließlich im Rahmen des qualifizierten Übergangs in das Master-Studium erlangen. ²Dazu werden die Studierenden vorläufig zu den Veranstaltungen und Modulprüfungen in einem fachlich einschlägigen Master-Studiengang nach § 3 Abs. 2 Satz 1 zugelassen, wenn sie bis zum Ende des siebten Trimesters des Bachelor-Studiengangs die Leistungen für den Erwerb von mindestens 158 ECTS-Leistungspunkten erbracht haben. ³Die endgültige Zulassung zum Master-Studiengang setzt voraus, dass die oder der Studierende bis zum Ende des ersten Trimesters des Master-Studiengangs alle Leistungen erbracht hat, die zu einem erfolgreichen Studienabschluss im Bachelor-Studiengang gemäß den Absätzen 3 und 4 erforderlich sind, und kein Versagungsgrund nach Absatz 2 vorliegt. ⁴Gelingt der oder dem Studierenden dieser Nachweis nicht, erlischt die vorläufige Zulassung mit Ablauf des ersten Trimesters des Master-Studiengangs. ⁵Hat eine Studierende oder ein Studierender aus schwerwiegenden Gründen das Versäumen der Frist nach Satz 2 oder Satz 3 nicht zu vertreten, verlängert der zuständige Prüfungsausschuss die jeweilige Frist auf begründeten Antrag der oder des Studierenden entsprechend; § 17 Abs. 2 gilt analog. ⁶Bei Erlöschen der vorläufigen Zulassung stellt das Prüfungsamt über die im Rahmen der Master-Prüfung erworbenen ECTS-Leistungspunkte auf Antrag der oder des Studierenden einen Nachweis aus, wenn der Bachelor-Studiengang erfolgreich abgeschlossen worden ist. ⁷Vorstehendes gilt nicht für den Master-Studiengang „Rechtswissenschaft für die öffentliche Verwaltung“, da dort eine konsekutive Durchführung von Bachelor- und Master-Studiengang im Rahmen des qualifizierten Übergangs in das Master-Studium nicht vorgesehen ist.

§ 6 Module und Leistungspunkte

- (1) ¹Das Lehrangebot wird Modulen zugeordnet. Module sind eine Zusammenfassung von Lehr- und Lerngebieten zu thematisch und zeitlich abgeschlossenen Einheiten, welche abgrenzbare Kompetenzen vermitteln und grundsätzlich mit einer Prüfung (Modulprüfung) abschließen. ²Ein Modul besteht in der Regel aus mehreren inhaltlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen eines Trimesters oder einer Folge von bis zu drei Trimestern. ³Die Lehrveranstaltungen finden in deutscher oder in englischer Sprache statt; Module mit englischsprachigen Lehrveranstaltungen sind in den FSPO kenntlich zu machen. ⁴In begrenztem Umfang kann vorgesehen werden, dass Lehrveranstaltungen in Form des E-Learning statt in Präsenzform abgehalten werden. ⁵Ist die Universität aufgrund äußerer Umstände für Präsenzlehre nicht oder nicht uneingeschränkt geöffnet, kann dies auch vollumfänglich vorgesehen werden.

- (2) ¹Für jedes Modul wird der studentische Arbeitsaufwand in ECTS-Leistungspunkten ausgewiesen. ²Bei der Festlegung der Leistungspunkte wird von einem Arbeitsaufwand in Höhe von 30 Stunden für die Vergabe eines Leistungspunktes ausgegangen. ³Die Zahl der Leistungspunkte für ein Modul bestimmt sich nach Maßgabe der Arbeitsstunden, die durchschnittlich für Anwesenheit, Vor- und Nachbereitung, praktische Anteile und Prüfungsleistungen aufgewendet werden müssen. ⁴Leistungspunkte für ein Modul werden nur insgesamt und nur dann vergeben, wenn das Modul durch Erbringung der geforderten Leistung erfolgreich abgeschlossen worden ist.
- (3) ¹Die Modulhandbücher für die Studiengänge an der Universität enthalten eine Beschreibung jedes Moduls. ²Die Beschreibung gibt den Studierenden Informationen über Studienverlauf, Inhalte, qualitative und quantitative Anforderungen sowie die Einbindung in die Modulstruktur des jeweiligen Studiengangs. ³Die Modulbeschreibungen enthalten insbesondere:
1. Modulkennung und Modulbezeichnung
 2. Qualifikationsziel und vermittelte Kompetenzen
 3. Inhalte
 4. Lehr- und Lernformen
 5. Veranstaltungstyp
 6. Dauer des Moduls
 7. Turnus des Angebots
 8. Voraussetzungen für die Teilnahme am Modul und für die Zulassung zur Modulprüfung
 9. Verwendbarkeit des Moduls
 10. Arbeitsaufwand und Leistungspunkte
- (4) Die Teilnahme an den Veranstaltungen eines Moduls kann nach Maßgabe der Modulbeschreibung von bestimmten Voraussetzungen, insbesondere von der erfolgreichen Teilnahme an anderen Modulen, abhängig gemacht werden.
- (5) ¹In der Modulbeschreibung kann die Teilnehmerzahl für einzelne Lehrveranstaltungen beschränkt werden, wenn dies zu deren ordnungsgemäßen Durchführung geboten ist. ²Die Beschränkung ist bei der Lehrplanung zu begründen und die Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer bzw. Teilnehmerinnen sind zu benennen.

§ 7 Prüfungsausschüsse

- (1) ¹Die Fakultäten und der Studienbereich Wirtschaftsingenieurwesen bilden für die von ihnen angebotenen Studiengänge einen Prüfungsausschuss. ²Bei fachlich differenzierten Studiengängen kann eine Fakultät auch für einzelne Studiengänge separate Prüfungsausschüsse vorsehen. ³Prüfungsausschüsse sind zuständig für die Organisation der Prüfungen und die Einhaltung der Bestimmungen dieser Ordnung sowie der jeweiligen FSPO, nicht jedoch für die Bewertung von Prüfungsleistungen. ⁴Der Prüfungsausschuss wird bei der verwaltungsmäßigen Abwicklung der Prüfungen durch das Prüfungsamt unterstützt. ⁵Die Prüfungsakten werden im Prüfungsamt geführt.
- (2) ¹Prüfungsausschüsse bestehen jeweils aus drei Personen aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (fortan auch kurz: professorale Mitglieder) und zwei Studierenden. ²Die FSPO können zusätzlich ein hauptamtlich an der Universität tätiges Mitglied der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als Prüfungsausschussmitglied und/oder ein weiteres professorales Mitglied

vorsehen. ³Dabei muss eine Mehrheit der professoralen Mitglieder gewahrt bleiben. ⁴Die Amtszeit der professoralen Mitglieder beträgt zwei Jahre, die der übrigen Mitglieder ein Jahr. ⁵Die Wiederwahl ist zulässig. ⁶Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für die restliche Amtszeit gewählt.

- (3) ¹Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse sowie deren Stellvertretungen werden auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe vom jeweiligen Fakultätsrat bzw. Studienbereichsausschuss gewählt. ²Aus dem Kreis der professoralen Mitglieder wählt der jeweilige Fakultätsrat bzw. Studienbereichsausschuss das vorsitzende und das stellvertretend vorsitzende Mitglied. ³Der Fakultätsrat bzw. Studienbereichsausschuss oder die FSPO kann diese Wahl dem Prüfungsausschuss übertragen.
- (4) ¹Die Prüfungsausschüsse berichten dem jeweiligen Fakultätsrat bzw. Studienbereichsausschuss regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und geben Anregungen zur Reform der Prüfungsordnungen. ²Prüfungsausschüsse können ihrem vorsitzenden Mitglied bestimmte Aufgaben und Befugnisse übertragen. ³Das gilt nicht für Entscheidungen nach § 7 Abs. 10 und § 18 mit Ausnahme von Fällen, in denen die Vorwürfe eingeräumt werden.
- (5) ¹Die Studiendekaninnen bzw. Studiendekane können an den Sitzungen des Prüfungsausschusses, der für ihren Studiengang zuständig ist, mit beratender Stimme teilnehmen.
- (6) ¹Prüfungsausschüsse tagen hochschulöffentlich. ²Angelegenheiten, die individuelle Prüfungen betreffen, werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. ³Prüfungsausschüsse beschließen mit der Mehrheit der in der Sitzung abgegebenen Stimmen. ⁴Stimmennthaltungen sind in Prüfungsangelegenheiten nicht zulässig. ⁵Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds bzw. seiner Stellvertretung.
- (7) Die Mitglieder haben das Recht, bei den in die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses fallenden Prüfungen anwesend zu sein.
- (8) Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter und die Studiendekaninnen bzw. Studiendekane sind zur Verschwiegenheit in individuellen Prüfungsangelegenheiten verpflichtet.
- (9) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die Studierende in ihren Rechten beeinträchtigt werden können, sind schriftlich zu erteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Vor einer Entscheidung ist dem oder der Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (10) ¹Bei Widersprüchen gegen Entscheidungen des Prüfungsausschusses befasst sich dieser erneut mit der Angelegenheit. ²Hilft er dem Widerspruch nicht oder nicht in vollem Umfang ab, so entscheidet der Widerspruchsausschuss. ³Dem Widerspruchsausschuss gehören an:
 1. ein Mitglied der Universitätsverwaltung mit der Befähigung zum Richteramt,
 2. eine Person aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie eine Studentin oder ein Student der Disziplin, in der die Prüfung durchgeführt worden ist.

⁴Das Mitglied nach Satz 3 Nummer 1 wird von dem Präsidenten bzw. der Präsidentin bestellt, das professorale Mitglied nach Satz 3 Nummer 2 wird vom Fakultätsrat bzw. vom Studienbereichsausschuss für zwei Jahre, das studien-
tische Mitglied für ein Jahr gewählt. ⁵Die Mitglieder des Widerspruchsausschus-

ses dürfen nicht gleichzeitig dem zuständigen Prüfungsausschuss angehören.⁶ Das Mitglied nach Satz 3 Nummer 1 führt den Vorsitz.⁷ Es bereitet die Sitzungen vor und leitet sie.⁸ Die Sitzungen des Widerspruchsausschusses sind nicht öffentlich.⁹ Die oder der Vorsitzende kann über unzulässige Widersprüche sowie in Sachen, die nach ihrer oder seiner Auffassung keiner weiteren Erörterung bedürfen oder von geringer Bedeutung sind, allein entscheiden.

- (11) ¹Unbeschadet des Absatzes 10 nimmt eine Person aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer als Ombudsfrau oder Ombudsmann gemeinsam mit einer Vertreterin oder einem Vertreter der Studierendenschaft die Aufgabe einer Beschwerdestelle in Prüfungsangelegenheiten gemäß § 66 Absatz 3 HmbHG wahr.² Die Ombudsfrau oder der Ombudsmann wird vom Senat für zwei Jahre, das studentische Mitglied für ein Jahr gewählt.³ Beide dürfen einem Prüfungsausschuss nicht angehören.

§ 8 Prüfende und Beisitzende

- (1) ¹Wer das Prüfungsfach hauptberuflich an der Universität lehrt, ist Prüfer bzw. Prüferin.² Mit der durch den zuständigen Fakultätsrat oder Studienbereichsausschuss erfolgten Übertragung selbständiger Lehre an wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Erteilung eines Lehrauftrages ist die Prüfungsbefugnis für das jeweilige Modul verbunden.³ Können Prüfungen durch das hauptberufliche Lehrpersonal nicht durchgeführt werden und liegt keine Übertragung selbständiger Lehre oder Erteilung eines Lehrauftrags vor, dürfen andere Prüfende bestellt werden, sofern sie promoviert sind oder eine gleichwertige Qualifikation in dem Prüfungsfach besitzen.⁴ Die Bestellung erfolgt durch den zuständigen Prüfungsausschuss.⁵ Sie soll zwei Wochen vor der jeweiligen Prüfung bekannt gegeben werden.⁶ Setzt sich ein Modul aus Lehrveranstaltungen mehrerer Personen und die Prüfung aus getrennten Aufgaben dazu zusammen, so beschränkt sich die Prüfungsbefugnis der Person auf den jeweils ihre Veranstaltung betreffenden Teil der Prüfung.
- (2) ¹Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sowie Privatdozentinnen und Privatdozenten sind für alle Prüfungen ihrer Disziplin prüfungsberechtigt.² Andere Angehörige des hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen Personals sowie Lehrbeauftragte sind nur für das Modul prüfungsberechtigt, in dem sie Lehrveranstaltungen anbieten.
- (3) ¹Beisitzer oder Beisitzerinnen für die jeweiligen mündlichen Prüfungen werden durch die Prüferin oder den Prüfer benannt.² Zum Beisitzer oder zur Beisitzerin darf nur benannt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine vergleichbare Qualifikation besitzt.
- (4) ¹Die Prüfenden sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig und weisungsfrei.² Für sie und die Beisitzenden gilt § 7 Abs. 8 entsprechend.

§ 9 Anerkennung und Anrechnung von Leistungen

- (1) ¹An anderen Hochschulen oder in einem anderen Studiengang der Universität erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienzeiten werden anerkannt, sofern keine wesentlichen Unterschiede zwischen den erworbenen und den in dem betreffenden Studiengang an der Universität zu erwerbenden Kenntnissen und Fähigkeiten bestehen.² Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht wurden, sind die von Kultusminister- und

Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Vereinbarungen im Rahmen von Kooperationsverträgen der Universität mit anderen wissenschaftlichen Hochschulen zu beachten.³ Soweit entsprechende Vereinbarungen nicht vorliegen, soll bei Zweifeln am Fehlen wesentlicher Unterschiede eine Stellungnahme der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen eingeholt werden.

- (2) ¹Auf andere Weise als durch ein Studium erworbene und nachgewiesene Kenntnisse und Fähigkeiten sind in einem Umfang von bis zur Hälfte auf die zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen anzurechnen, soweit sie jenen gleichwertig und für einen erfolgreichen Abschluss eines Studiengangs erforderlich sind.
- (3) ¹Werden Leistungen anerkannt oder angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. ³Anerkennungen und Anrechnungen werden grundsätzlich gekennzeichnet.
- (4) ¹Über die Anerkennung oder Anrechnung entscheiden die Prüfungsausschüsse auf Antrag des bzw. der Studierenden nach Anhörung der zuständigen Fachvertreterin oder des zuständigen Fachvertreters. ²Dem Antrag sind die für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen beizufügen. ³Er soll spätestens bis zum Ende des ersten Trimesters in dem betreffenden Studiengang an der Universität gestellt werden. ⁴Bei bereits begonnenen Prüfungsverfahren ist der Antrag jedenfalls vor Ablauf des ersten Prüfungstermins zu stellen. ⁵Bei einem Hochschul- oder Studiengangwechsel entscheidet der Prüfungsausschuss zugleich über den äquivalenten Zeitpunkt des Studienbeginns zur Festlegung der verbleibenden Zeit innerhalb der Höchststudiendauer gemäß § 3 Abs. 3, der Fristen für den qualifizierten Übergang in das Master-Studium nach § 5 Abs. 6, der spätesten Übernahmezeitpunkte nach § 14 Abs. 6 sowie der Zeitpunkte für die Fortschrittskontrolle nach § 20.

§ 10 Zulassung zu Modulprüfungen

- (1) Zu einer Modulprüfung kann nur zugelassen werden, wer
1. als Studierender oder Studierende für den entsprechenden Bachelor-Studiengang oder Master-Studiengang immatrikuliert ist,
 2. die Zulassungsvoraussetzungen für das jeweilige Modul erfüllt,
 3. etwaige in den FSPO festgelegte Zulassungsvoraussetzungen für die Modulprüfung erfüllt und
 4. den Antrag auf Zulassung zur Modulprüfung bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin schriftlich oder in einer anderen durch den Prüfungsausschuss festgelegten Form an das Prüfungsamt gerichtet hat.
- (2) ¹Sofern die Unterlagen über das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen gemäß Absatz 1 nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegt wurden, sind sie dem Antrag beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin nachzureichen. ²Ist es dem oder der Studierenden nicht möglich, die Unterlagen nach Satz 1 in der vorgeschriebenen Weise beizubringen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen. ³Das Prüfungsamt gewährleistet, dass Studierende die zulässige Anzahl der Wiederholungen einer Modulprüfung nicht überschreiten.

- (3) ¹Sehen FSPO eine Anwesenheitspflicht bei Lehrveranstaltungen vor, ist die regelmäßige Teilnahme eine weitere Zulassungsvoraussetzung. ²Regelmäßig teilgenommen hat, wer mindestens an drei Viertel der Termine der Lehrveranstaltung eines Moduls teilgenommen hat, für die eine Anwesenheitspflicht vorgesehen ist bzw. Anwesenheitspflichten vorgesehen sind. ³Die FSPO können zur Festlegung der Quote eine andere Regelung vorsehen. ⁴Bei darüber hinausgehendem Versäumnis kann unter Auflage eine Zulassung zur Prüfung erfolgen, wenn der Prüfling das Versäumnis nicht zu vertreten hat. ⁵Der Grund ist gegenüber der Lehrperson glaubhaft zu machen, bei Krankheit durch ein ärztliches Attest gem. § 17 Abs. 2 Satz 2. ⁶Die Auflage wird von der Lehrperson der versäumten Lehrveranstaltungen festgelegt; sie muss angemessen und geeignet sein, die Nachholung des versäumten Lehrstoffs zu dokumentieren.
- (4) Das Bestehen der Master-Arbeit kann nicht als Zulassungsvoraussetzung für Modulprüfungen oder Modulteilprüfungen vorgesehen werden.
- (5) ¹Über die Zulassung entscheidet der für den Fachstudiengang zuständige Prüfungsausschuss. ²Er kann das Prüfungsamt mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragen. ³In Zweifelsfällen entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss.
- (6) Die FSPO können für bestimmte Module oder Modultypen vorsehen, dass die oder der Studierende bei Versäumnis der Antragstellung (Abs. 1 Nr. 4) als zugelassen gilt, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 1 bis 3 erfüllt sind.

§ 11 Modulprüfungen

- (1) ¹Eine Modulprüfung soll als Abschlussprüfung für das Modul durchgeführt werden; sie kann aus mehreren Teilprüfungen bestehen. ²§ 15 Abs. 4 bleibt davon unberührt.
- (2) Die Prüfungsanforderungen haben sich an den in der Modulbeschreibung dargestellten Lernzielen, dem Inhalt der Lehrveranstaltungen sowie den für das Modul vorgesehenen Leistungspunkten zu orientieren.
- (3) ¹In den FSPO sind für alle in dem jeweiligen Studiengang angebotenen Module etwaige Zulassungsvoraussetzungen für die Modulprüfung, Art und Umfang der geforderten Prüfungsleistungen sowie die dem Modul zugeordneten Leistungspunkte festzulegen. ²Dabei können in Ausnahmefällen bei Vorliegen eines engen sachlichen Grundes für eine Prüfungsleistung mehrere, höchstens jedoch drei mögliche Prüfungsarten angegeben werden. ³In diesem Fall ist die zur Anwendung kommende Art der Prüfung spätestens in der ersten Sitzung der betreffenden Lehrveranstaltung bekannt zu geben. ⁴Abweichend davon kann in Situationen, in denen die Universität aufgrund äußerer Umstände, insbesondere einer epidemischen Lage, für den Präsenzbetrieb nicht oder nicht uneingeschränkt geöffnet ist, die oder der Prüfende auch zu einem späteren Zeitpunkt von der Prüfungsform Klausur auf eine für das Modul in der FSPO ebenfalls vorgesehene Prüfungsart, die keine Präsenz erfordert, umstellen; Absatz 3a Satz 5-6 gilt entsprechend.
- (3a) ¹In Abweichung von Absatz 3 Satz 1 kann in Situationen, in denen die Universität aufgrund äußerer Umstände, insbesondere einer epidemischen Lage, für den Präsenzbetrieb nicht oder nicht uneingeschränkt geöffnet ist, der zuständige Prüfungsausschuss auf Antrag der oder des Prüfenden anstelle der in der FSPO für das betreffende Modul vorgesehenen Prüfungsform Klausur eine abweichende Prüfungsart festlegen, die keine Präsenz erfordert. ²Diese muss unter Berücksichtigung von Absatz 2 geeignet sein, das Erreichen des

jeweiligen Qualifikationsziels festzustellen. ³Die in § 13 und etwaigen Ergänzenden Bestimmungen der FSPO enthaltenen Vorgaben zu der betreffenden Prüfungsart sind ebenso zu beachten wie die in der jeweiligen Modulbeschreibung festgelegten Angaben zum Arbeitsaufwand. ⁴Bei der Antragstellung kann zwischen Prüflingen im Erst- und im Wiederholungsversuch unterschieden werden; im Übrigen gilt die Festlegung der abweichenden Prüfungsart für alle bei der oder dem Prüfenden zu dieser Prüfung zugelassenen Studierenden gleichermaßen. ⁵Informieren die Prüfenden die Prüflinge nicht mindestens zwei Wochen vor dem angekündigten Klausurtermin über die Festlegung der abweichenden Prüfungsart, ist seitens der Prüfenden vor der Durchführung der Prüfung das Einverständnis der Studierenden zum Einsatz der abweichenden Prüfungsart einzuholen und im Prüfungsamt aktenkundig zu machen. ⁶Wird das Einverständnis versagt, bleibt es für den betreffenden Prüfling bei der in der FSPO festgelegten Prüfungsart; etwaige Ausnahmeregelungen der FSPO für Wiederholungsversuche bleiben unberührt.

- (4) ¹Die Prüfungsart der ersten Wiederholung soll der Erstprüfung entsprechen. ²Die FSPO können Abweichungen nach Art und Umfang vorsehen; Absatz 2 ist zu beachten.
- (5) ¹Erstprüfungen werden grundsätzlich studienbegleitend oder innerhalb von sechs Wochen nach Abschluss der dem Modul zugeordneten Lehrveranstaltungen erbracht; für das Frühjahrstrimester können die FSPO eine besondere Regelung vorsehen. ²Modulprüfungsleistungen sind spätestens acht Wochen nach Erbringen der Leistungen zu bewerten; § 14 Abs. 10 und § 12 Abs. 6 bleiben unberührt. ³Die FSPO können für einzelne Prüfungsarten abweichende Regelungen vorsehen, soweit dadurch der qualifizierte Übergang in den Master (§ 5 Abs. 6) und die Einhaltung der Höchststudiendauer nach § 3 Abs. 3 nicht beeinträchtigt werden.
- (6) ¹Die zugelassenen Studierenden sind zur Teilnahme an der Modulprüfung verpflichtet. ²Auf schriftlichen Antrag der oder des Studierenden kann der Prüfer oder die Prüferin die Prüfung auch in einer Fremdsprache anbieten.
- (7) ¹Prüfungen sind spätestens zwei Wochen vor dem Prüfungstermin in geeigneter Form anzukündigen, soweit der betreffende Termin nicht individuell vereinbart wird. ²Bei Wiederholungsprüfungen sind die Prüfungsergebnisse aus dem vorangegangen Versuch spätestens zwei Wochen vor dem Wiederholungstermin bekanntzugeben. ³Eine ausreichende Frist zur Einsichtnahme vor dem Wiederholungstermin ist zu gewährleisten.

§ 12 Interdisziplinäre Studienanteile

- (1) ¹Die Bachelor-Studiengänge und die Master-Studiengänge nach § 3 Abs. 2 Satz 1 enthalten Interdisziplinäre Studienanteile (ISA). ²Diese vermitteln den Studierenden berufsqualifizierende Kompetenzen, indem sie sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit Gegenstandsbereichen aus anderen Fachgebieten auseinandersetzen. ³Dadurch sollen die Studierenden befähigt werden, ihr berufliches Handeln und Entscheiden auf seine Auswirkungen in größeren Verantwortungszusammenhängen zu reflektieren und es in diesen Dimensionen kritisch einzuordnen und zu gestalten. ⁴ISA-Module, welche Inhalte und Methoden vermitteln, die typischerweise Teil des eigenen Fachstudiengangs mit seinen Wahlpflichtfächern sind, können von den Studierenden dieses Studiengangs nicht gewählt werden. ⁵Lehrveranstaltungen und Prüfungen in ISA-Modulen können nach Maßgabe der Modulbeschreibung auch in englischer Sprache durchgeführt werden.

- (2) ¹In Bachelor-Studiengängen sind je 15, in Master-Studiengängen je zehn Leistungspunkte in ISA zu erwerben. ²Ist ein Studiengang in sich interdisziplinär angelegt, können die FSPO einen geringeren Umfang vorsehen. ³Die FSPO englischsprachiger Studiengänge sowie die FSPO für den Bachelor-Studiengang „Rechtswissenschaft für die öffentliche Verwaltung“ können abweichende Regelungen treffen.
- (3) ¹Prüfungen im ISA-Bereich werden nach den Regelungen dieser allgemeinen Prüfungsordnung durchgeführt. ²Ihre Organisation obliegt dem ISA-Zentrum nach Maßgabe der ISA-Ordnung. ³Die sonstigen den Prüfungsausschüssen zugewiesenen Aufgaben nimmt derjenige Prüfungsausschuss wahr, der für den Fachstudiengang des bzw. der betroffenen Studierenden zuständig ist; er setzt sich vor seinen Entscheidungen mit dem ISA-Zentrum ins Benehmen.
- (4) Interdisziplinäre Studienanteile sollen in den Studiengängen möglichst gleichmäßig über die Studiendauer verteilt werden.
- (5) ¹Für Modulprüfungen im ISA-Bereich können als Prüfungsleistungen entweder (1) eine mindestens zweistündige Klausur, (2) eine Hausarbeit mit einem Arbeitsaufwand von 50-150 Stunden, (3) eine mündliche Prüfung von 20-40 Minuten Dauer oder (4) eine Projektarbeit mit einem Arbeitsaufwand von 50-150 Stunden vorgesehen werden. ²Für zusätzliche Anwesenheitspflichten gilt § 10 Abs. 3 entsprechend. ³Hausarbeiten und Projektarbeiten können nach Maßgabe der Modulbeschreibung auch eine mündliche Präsentation beinhalten. ⁴Klausuren können ganz oder teilweise im Antwort-Wahlverfahren (Multiple-Choice) durchgeführt werden; die Ausführungsbestimmungen der Universität zu Multiple-Choice-Prüfungen sind zu beachten. ⁵Für die Bekanntgabe der zur Anwendung kommenden Prüfungsart gilt § 11 Absatz 3 Satz 3-4 entsprechend. ⁶Für Wiederholungsprüfungen kann unter Beachtung von Satz 1 eine Prüfungsart vorgeschrieben werden, die von derjenigen der Erstprüfung abweicht. ⁷Die gewählte Prüfungsart und ihr Umfang sind in der Modulbeschreibung anzugeben; § 6 Abs. 2 ist zu beachten.
- (6) ¹Modulprüfungsleistungen im Rahmen der ISA sind spätestens acht Wochen nach dem Ende des Trimesters, in welchem die Lehrveranstaltungen des Moduls enden, zu bewerten. ²Klausuren und mündliche Prüfungen sind spätestens zwei Wochen nach Ende der Lehrveranstaltungen zu erbringen. ³Die Note für die erste Wiederholungsprüfung muss spätestens acht Wochen nach der Vergabe der Note für die erste Prüfung vorliegen. ⁴Die Note für die zweite Wiederholungsprüfung muss spätestens acht Wochen nach der Vergabe der Note für die erste Wiederholungsprüfung vorliegen. ⁵Mündliche Ergänzungsprüfungen im Sinne von § 16 Abs. 4 sind ausgeschlossen.
- (7) ¹Mit Ausnahme von Pflichtmodulen haben die Studierenden das Recht, nach einem erfolglosen Erstversuch ein anderes ISA-Modul zu wählen, sofern Kapazitäten verfügbar sind und die erforderlichen Leistungspunkte dort in der Regelstudienzeit erworben werden können. ²Dies ist gegenüber dem Prüfungsamt zu erklären. ³Mit dieser Erklärung erlischt der Anspruch darauf, weitere Prüfungen in dem ursprünglich belegten Modul abzulegen.

§ 13 Prüfungsarten^{*)}

- (1) ¹Die FSPO definieren für ihre Studiengänge jeweils zulässige Prüfungsarten nach Art und Umfang. ²Solche Prüfungsarten können insbesondere sein:
- Klausuren,

- mündliche Prüfungen,
- Seminar- und Hausarbeiten,
- Referate,
- Seminarleistungen,
- Kurvvorträge,
- Lernportfolios,
- Projektarbeiten,
- Praktikumsberichte und
- eigenständige Beiträge im Rahmen von Lehrveranstaltungen.

³Die FSPO können Prüfungsarten vorsehen, die sich aus einem nicht unter Aufsicht angefertigten schriftlichen und einem mündlichen Leistungselement zusammensetzen, welche inhaltlich untrennbar miteinander verbunden sind.

⁴Diese Prüfungen sind in der jeweiligen FSPO gesondert zu kennzeichnen und mit Angaben zur Gewichtung der einzelnen Leistungselemente im Rahmen der Gesamtbewertung zu versehen. ⁵Sie sind nur bestanden, wenn beide Leistungselemente mit „ausreichend“ oder besser bewertet worden sind; eine Wiederholung umfasst stets beide Leistungselemente.

- (2) Sehen FSPO vor, dass Klausuren ganz oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple Choice) durchgeführt werden können, sind die Ausführungsbestimmungen der Universität zu Multiple-Choice-Prüfungen zu beachten.
- (3) ¹Mündliche Prüfungen werden von zwei Prüfenden oder von einem bzw. einer Prüfenden in Gegenwart eines oder einer sachkundigen Beisitzenden durchgeführt. ²Die mündliche Prüfung kann als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung von bis zu vier Studierenden abgelegt werden. ³Die oder der Beisitzende ist vor der Notenfestsetzung zu hören. ⁴Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung sind in einem von den Prüfenden und Beisitzenden zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten. ⁵Mündliche Prüfungen finden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse hochschulöffentlich statt; Studierende, die zu der betreffenden Prüfung angemeldet sind, sind ausgeschlossen. ⁶Auf Antrag eines Prüflings ist die Öffentlichkeit insgesamt auszuschließen.
- (4) ¹Prüfungen können nach Genehmigung des zuständigen Prüfungsausschusses auch in geeigneter elektronischer Form durchgeführt werden. ²Die Fakultäten erlassen dazu ggf. Ausführungsbestimmungen.
- (5) ¹Mit Ausnahme der Klausuren sind schriftliche Arbeiten zum Zwecke des Einsatzes von Software zur Erkennung von Täuschungsversuchen zusätzlich in einer elektronisch verarbeitbaren Version abzugeben. ²§ 14 Abs. 8 Satz 2-6 gilt entsprechend.
- (6) ¹Prüfungsleistungen einschließlich der Abschlussarbeiten (§ 14) können im Einvernehmen mit dem Prüfer oder der Prüferin auch als Gruppenarbeit durchgeführt werden. ²Dabei muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des bzw. der einzelnen Studierenden aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen und anderen objektiven Kriterien, die eine individuelle Leistungszuordnung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.
- (7) ¹Soweit in den FSPO nicht anders geregelt, erfolgt die Prüfung in Modulen zur Fremdsprachenausbildung als fertigkeitsbezogene Abschlussprüfung auf verschiedenen Leistungsstufen. ²Sie besteht aus zwei Teilprüfungen und zwar in der Fertigkeit "Mündlicher Gebrauch" (mündliche Prüfung 15 Min.) und in der Fertigkeit "Schriftlicher Gebrauch" (Portfolio). ³Ein Portfolio beinhaltet verschiedene, von den Studierenden gesammelte, systematisierte und kommentierte Dokumente, die den Lernprozess, die Lernleistung und den Lernerfolg der Lernenden im Rahmen einer Modulveranstaltung oder eines

Moduls widerspiegeln. ⁴Der Umfang beträgt zwischen 5 und 50 Seiten. ⁵Die näheren Kriterien für die Gestaltung eines Portfolios werden von der Leitung des Sprachenzentrums festgelegt. ⁶Die Modulprüfung ist nur dann bestanden, wenn beide Teilprüfungen auf der jeweiligen Leistungsstufe als "bestanden" bewertet wurden. ⁷Bei Nichtbestehen der Teilprüfung in der Fertigkeit "Schriftlicher Gebrauch" erfolgt die Wiederholungsprüfung als Klausur (60 Min.). ⁸Soweit in den FSPO englischsprachiger Studiengänge nicht anders geregelt, schließen die Module Deutsch für internationale Studierende abweichend von Satz 2 mit einer Prüfung im Bereich "Mündlicher Gebrauch" (mündliche Prüfung 15 Min.) ab. ⁸In allen Modulen zur Fremdsprachenausbildung besteht Anwesenheitspflicht nach § 10 Absatz 3.

- (8) ¹Macht ein Prüfling glaubhaft, dass er wegen einer andauernden Erkrankung, chronischen Krankheit oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen in der vorgesehenen Form oder innerhalb der festgesetzten Bearbeitungszeit zu erbringen, kann der Prüfungsausschuss ihm auf Antrag ermöglichen, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in angemessener Form zu erbringen. ²Entsprechendes gilt für Studienleistungen. ³Zur Glaubhaftmachung kann die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden.

** Absatz 7 neu gefasst durch die 1. ÄndO mit Wirkung vom 11.09.2024 erstmals für Prüfungen in Modulen, deren Lehrveranstaltungen im Herbstsemester 2024 beginnen.*

§ 14 Abschlussarbeiten

- (1) ¹Abschlussarbeiten sind Modulleistungen, in der die oder der Studierende zeigen soll, dass sie oder er in der Lage ist, innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums ein Problem aus dem jeweiligen Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ²Bei Master-Arbeiten müssen die Anforderungen an Selbstständigkeit und methodische Tiefe deutlich höher liegen als bei Bachelor-Arbeiten.
- (2) ¹Die FSPO können die Felder für Abschlussarbeiten thematisch eingrenzen. ²Für Abschlussarbeiten aus dem Bereich der ISA ist in jedem Fall eine Genehmigung durch den Prüfungsausschuss erforderlich, der für den Studiengang des oder der Studierenden zuständig ist.
- (3) ¹Die Betreuung der Abschlussarbeit erfolgt durch eine Professorin, einen Professor, eine Juniorprofessorin, einen Juniorprofessor, eine Privatdozentin oder einen Privatdozenten, soweit sie Prüfende gem. § 8 Abs. 1 sind. ²Die bzw. der Studierende kann den Betreuer bzw. die Betreuerin vorschlagen. ³Dem Vorschlag ist soweit möglich und vertretbar zu entsprechen.
- (4) ¹Die Vergabe des Themas der Abschlussarbeit erfolgt durch den Betreuer oder die Betreuerin. ²Die bzw. der Studierende kann das Thema vorschlagen. ³Der Zeitpunkt der Vergabe und das Thema werden beim Prüfungsamt aktenkundig gemacht. ⁴ Soweit es die Einhaltung des spätesten Übernahmzeitpunkts nach Abs. 6 nicht verhindert, kann das Thema der Abschlussarbeit im Einvernehmen mit dem Prüfer oder der Prüferin innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit einmal zurückgegeben werden, wenn die Bearbeitung an Gründen scheitert, die der oder die Studierende nicht zu vertreten hat. ⁵In diesem Fall ist das neue Thema unverzüglich, spätestens jedoch zum spätesten Übernahmzeitpunkt nach Abs. 6 auszugeben. ⁶In Zweifelsfällen entscheidet das vorsitzende Mitglied des zuständigen Prüfungsausschusses.

- (5) ¹Die FSPO legen Umfang, Leistungspunkte und etwaige Zulassungsvoraussetzungen für Bachelor- und Master-Arbeiten fest. ²Sie können die Abschlussarbeit auch in einem Abschlussmodul mit weiteren Prüfungsleistungen vorsehen.
- (6) Die FSPO benennen einen Zeitpunkt, zu dem die Bachelor-Arbeit bzw. die Master-Arbeit spätestens übernommen sein muss, und sehen vor, dass sie hinsichtlich der Bearbeitungszeit als spätestens dann übernommen gilt oder die fehlende Übernahme als Versäumnis nach § 17 behandelt wird.
- (7) ¹Abschlussarbeiten können in deutscher oder im Einvernehmen mit dem Betreuer bzw. der Betreuerin in englischer Sprache eingereicht werden. ²Die FSPO englischsprachiger Studiengänge können abweichende Regelungen treffen.
- (8) ¹Die Abschlussarbeit ist fristgerecht in dreifacher Ausfertigung maschinengeschrieben und gebunden beim Prüfungsamt abzuliefern. ²Neben den gedruckten Exemplaren ist eine elektronisch verarbeitbare identische Fassung der Arbeit zum Zwecke des Einsatzes von Software zur Erkennung von Täuschungsversuchen einzureichen. ³Hierzu gehört auch das Datenmaterial bei empirischen Arbeiten sowie eine elektronische Kopie der aus dem Internet übernommenen Materialien. ⁴Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. ⁵Bei der Abgabe hat die oder der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit – bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst, dabei keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen, insbesondere im Quellen- und Literaturverzeichnis genannten benutzt, alle aus Quellen und Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht und einzeln auch die Fundstellen nachgewiesen hat. ⁶Darüber hinaus ist zu versichern, dass die eingereichte elektronische Fassung mit den gedruckten Exemplaren identisch ist. ⁷Die Versicherung über die Eigenständigkeit der erbrachten wissenschaftlichen Leistung ist an Eides statt abzugeben; eine unrichtige oder unvollständige Versicherung an Eides statt ist gemäß § 156 des Strafgesetzbuches strafbewehrt mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.
- (9) ¹Auf begründeten Antrag kann das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem Betreuer oder der Betreuerin die Bearbeitungszeit unter Beachtung der Höchststudiendauer um bis zu vier Wochen verlängern; § 5 Abs. 6 bleibt unberührt. ²Muss die Bearbeitung der Arbeit wegen Krankheit oder aus anderen nicht vom Prüfling zu vertretenden schwerwiegenden Gründen unterbrochen werden, ruht die Bearbeitungszeit während dieser Unterbrechung. ³Die entsprechenden Nachweise sind unverzüglich dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vorzulegen. ⁴§ 17 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.
- (10) ¹Abschlussarbeiten sind von der oder dem Betreuenden und einem bzw. einer weiteren Prüfenden zu bewerten. ²Die FSPO können den Kreis der Zweitprüfenden näher bestimmen. ³Die schriftlichen Gutachten sollen spätestens zwölf Wochen nach Einreichen der Arbeit abgegeben werden; die FSPO können einen kürzeren Korrekturzeitraum vorsehen. ⁴Weichen die Bewertungen um mehr als 2,0 voneinander ab oder beurteilt nur einer bzw. eine der Prüfenden die Arbeit mit "nicht ausreichend", holt das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses das Gutachten einer bzw. eines weiteren Prüfenden ein. ⁵Beurteilt der dritte Gutachter oder die dritte Gutachterin die Arbeit mit mindestens "ausreichend" (4,0), so wird die Note als arithmetisches Mittel der vorliegenden Bewertungen, mindestens aber mit "ausreichend" (4,0) festgelegt.

§ 15 Bewertung von Prüfungsleistungen und Notenbildung

- (1) ¹Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. ²Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:
- 1 = sehr gut (eine hervorragende Leistung),
2 = gut (eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt),
3 = befriedigend (eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht),
4 = ausreichend (eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt),
5 = nicht ausreichend (eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt).
- (2) ¹Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen stehen Zwischenwerte zur Verfügung. ²Hierzu werden die Noten um 0,3 angehoben oder gesenkt; die Noten 0,7; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.
- (3) ¹Setzt sich eine Modulprüfung aus mehreren Teilprüfungen zusammen, so ergibt sich die Note des Moduls aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen nach Maßgabe der Gewichtung in der FSPO. ²Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ³Entsprechendes gilt bei der Bewertung einer Prüfungsleistung durch mehrere Prüfende. ⁴Die Noten lauten danach:
- | | | |
|------|-------------|---------------------|
| bis | 1,5 | = sehr gut |
| über | 1,5 bis 2,5 | = gut |
| über | 2,5 bis 3,5 | = befriedigend |
| über | 3,5 bis 4,0 | = ausreichend |
| über | 4,0 | = nicht ausreichend |
- (4) ¹Modulprüfungen gelten grundsätzlich als bestanden, wenn die gemäß Abs. 3 berechnete Gesamtnote 4,0 oder besser ist. ²Die FSPO können vorsehen, dass eine Modulprüfung, die sich aus mehreren Teilprüfungen zusammensetzt, nur dann bestanden ist, wenn sämtliche Teilprüfungen bestanden wurden. ³Die Berechnung der Gesamtnote gem. Abs. 3 bleibt davon unberührt. ⁴Prüfungen gemäß § 13 Abs. 1 Satz 3 sind stets nur dann bestanden, wenn beide Leistungselemente bestanden wurden. ⁵Die Berechnung der Note erfolgt gemäß Abs. 3.
- (5) ¹Für die Module zur Fremdsprachenausbildung ist die Bewertung auf die Feststellung "bestanden" oder "nicht bestanden" beschränkt. ²Die FSPO können diese Beschränkung auch für weitere Module vorsehen.
- (6) ¹Die in den Modulprüfungen erzielten Noten werden nach der Anzahl der vergebenen Leistungspunkte gewichtet. ²Die Gesamtnote der Bachelor- bzw. Master-Prüfung errechnet sich aus dem mit Leistungspunkten gewichteten arithmetischen Mittel aller Modulnoten und der nach Leistungspunkten gewichteten Note der Abschlussarbeit, soweit diese noch nicht in eine Modulnote eingegangen ist. ³Abs. 3 findet entsprechende Anwendung. ⁴Die nicht benoteten Prüfungen nach Abs. 5 gehen nicht in die Berechnung der Gesamtnote ein. ⁵Bei einer Gesamtnote bis 1,3 wird das Prädikat "mit Auszeichnung" vergeben.
- (7) ¹Übersteigt die Gesamtzahl der erworbenen Leistungspunkte aufgrund der zulässigen Wahl bestimmter Module im Wahlpflichtbereich gemäß der jeweiligen FSPO die für die Bachelor- bzw. die Master-Studiengänge in § 3 jeweils

genannte Leistungspunktezahl, so werden die Module aus dem Wahlpflichtbereich nach folgenden Regeln in die Berechnung der Gesamtnote aufgenommen:

1. die betroffenen Module werden primär nach Noten und sekundär aufsteigend nach Leistungspunkten sortiert;
2. von den bestbewerteten Modulen angefangen, werden Module so lange in die Berechnung aufgenommen, bis die Sollpunktezahl erreicht oder überschritten wird.

²Den Nenner bei der Berechnung der Gesamtnote bildet die Summe der Leistungspunkte aller einbezogenen Module.

§ 16 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungen, die mit "ausreichend" (4,0) oder besser bewertet wurden, können nicht wiederholt werden.
- (2) Prüfungen, die schlechter als "ausreichend" (4,0) bewertet werden, sind nicht bestanden und können zwei Mal wiederholt werden.
- (3) ¹Für die Wiederholung ist der jeweils nächste Prüfungstermin wahrzunehmen.
²Die FSPO regeln den zeitlichen Ablauf für die Wiederholungsprüfungen. ³Für die Zweitwiederholung kann in der FSPO eine andere Prüfungsart vorgesehen werden.
- (4) ¹Die FSPO können bei erfolgloser Wahrnehmung der Erst- und/ oder Zweitwiederholung von schriftlichen Modulprüfungen vorsehen, dass diese auf Antrag der bzw. des Studierenden durch eine mündliche Prüfung ergänzt werden können. ²Dabei sind Regelungen zur Länge der mündlichen Prüfung sowie zu der Frist zu treffen, innerhalb derer der Antrag nach Satz 1 nach Bekanntgabe des Ergebnisses beim Prüfungsamt zu stellen ist. ³Die Note der Modulprüfung errechnet sich als arithmetisches Mittel der einzelnen Noten der beiden erbrachten Prüfungsleistungen.
- (5) ¹Sehen FSPO gem. § 15 Abs. 4 vor, dass eine Modulprüfung, die sich aus mehreren Teilprüfungen zusammensetzt, nur dann bestanden ist, wenn sämtliche Teilprüfungen bestanden wurden, gelten für die Wiederholbarkeit der betreffenden Teilprüfungen die Absätze 1 bis 4 entsprechend. ²Prüfungen gemäß § 13 Abs. 1 Satz 3 sind hingegen nur als Ganzes wiederholbar.
- (6) ¹Wird die Bachelor- oder Master-Arbeit mit "nicht ausreichend" bewertet, kann sie einmal und nur mit einem anderen Thema wiederholt werden. ²Nur in begründeten Ausnahmefällen darf die Abschlussarbeit ein zweites Mal wiederholt werden; hierüber entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss unter Beachtung von § 3 Abs. 3 und 4 auf begründeten Antrag der bzw. des Studierenden. ³Eine Rückgabe des Themas ist bei der Wiederholungsprüfung nicht zulässig. ⁴Die Bachelor-Arbeit ist im Wiederholungsversuch spätestens am 30. September des dritten Studienjahres abzugeben. ⁵Die neue Master-Arbeit ist unverzüglich zu übernehmen. ⁶Für ihre Bearbeitung darf die Höchststudiendauer nach § 3 Abs. 3 um maximal drei Monate überschritten werden.
- (7) Die FSPO benennen einen Zeitpunkt, zu dem die Bachelor-Arbeit bzw. die Master-Arbeit spätestens übernommen sein muss, und sehen vor, dass sie hinsichtlich der Bearbeitungszeit als spätestens dann übernommen gilt oder die fehlende Übernahme als Versäumnis nach § 17 behandelt wird.

§ 17 Versäumnis und Rücktritt

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der oder die Studierende ohne triftigen Grund einen Prüfungstermin oder eine Prüfungsfrist im Sinne dieser Ordnung bzw. der jeweiligen FSPO versäumt, von einer Prüfung zurücktritt oder eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbringt.
- (2) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem zuständigen Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Bei Krankheit des oder der Studierenden ist ein ärztliches Attest vorzulegen, welches grundsätzlich die leistungsbeeinträchtigenden Auswirkungen der Krankheit, nicht jedoch die Krankheit selbst erkennen lassen muss. ³Eine während der Prüfung eintretende Prüfungsunfähigkeit ist unverzüglich bei der bzw. dem Prüfenden oder der Prüfungsaufsicht geltend zu machen. ⁴Die Anzeigepflicht nach Satz 1 und 2 bleibt davon unberührt. ⁵Nach Beendigung einer Prüfungsleistung können Rücktrittsgründe grundsätzlich nicht mehr geltend gemacht werden.
- (3) ¹Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, bestimmt er einen neuen Termin zur Erbringung der Prüfungsleistung. ²Er kann im Falle von Klausuren auf Antrag des Prüfers oder der Prüferin festlegen, dass das Nachholen als mündliche Prüfung erfolgt. ³Bereits vorliegende Teilprüfungsergebnisse werden in diesem Fall angerechnet.
- (4) ¹Schutzzvorschriften zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MuSchG bzw. MuSchSoldV) sind auf Antrag der Kandidatin zu berücksichtigen. ²Gleiches gilt für Anträge des Kandidaten bzw. der Kandidatin für die Fristen der Elternzeit nach dem Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG). ³§ 20 findet während dieser Zeiten keine Anwendung.

§ 18 Täuschung und Plagiate

- (1) ¹Versuchen Studierende, das Ergebnis ihrer Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, fertigt die oder der Prüfende bzw. Aufsichtführende über das Vorkommnis einen Vermerk an und legt diesen unverzüglich nach Beendigung der Prüfung dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vor. ²Tritt das Verhalten während einer Prüfung zu Tage, dürfen die betreffenden Studierenden weiter an der Prüfung teilnehmen.
- (2) Als Täuschung im Sinne des Abs. 1 gelten insbesondere die Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel in Prüfungen, die unerlaubte Zusammenarbeit von Prüflingen mit anderen Prüflingen oder Dritten bei der Erstellung von Prüfungsleistungen sowie Plagiate.
- (3) ¹Über das Vorliegen eines Versuchs nach Absatz 1 oder 2 entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss. ²Der oder dem Prüfenden sowie der oder dem betroffenen Studierenden ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) ¹Stellt der Prüfungsausschuss das Vorliegen eines Versuchs nach Absatz 1 fest, gilt die Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bzw. "nicht bestanden" bewertet; wird die Täuschung erst nach der Bewertung der Prüfungsleistung bekannt, wird die Bewertung entsprechend berichtigt. ²In besonders schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

- (5) Stellt der zuständige Prüfungsausschuss das Vorliegen eines Plagiats fest und hat die betreffende Studentin/der betreffende Student bereits zuvor eine Täuschungshandlung begangen, so schließt er die Studentin/den Studenten grundsätzlich von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen aus, wenn dem nicht gravierende Umstände entgegenstehen.
- (6) ¹Will der Prüfungsausschuss von der Einschätzung des betroffenen Prüfers bzw. der betroffenen Prüferin abweichen, kann er vor einer Entscheidung die Ombudsperson der Universität zu Fragen der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten beratend hinzuziehen. ²Stellt der Prüfungsausschuss fest, dass ein Versuch nach Absatz 1 nicht vorliegt, gibt er die Arbeit an die Prüferin bzw. den Prüfer zur Bewertung zurück.
- (7) ¹Von einer Rückgabe an den Prüfer bzw. die Prüferin nach Abs. 6 Satz 2 ist abzusehen, wenn der Prüfungsausschuss den Prüfer bzw. die Prüferin für befangen erklärt. ²In diesem Fall setzt der Prüfungsausschuss eine andere Person als Prüfer bzw. Prüferin ein und übergibt dieser die Arbeit zur Bewertung. ³Entscheidet der Prüfungsausschuss entsprechend Abs. 6 Satz 2, so kann der betroffene Prüfer bzw. die Prüferin auch von sich aus die Bewertung der Arbeit aus Gründen der Befangenheit ablehnen. ⁴In diesem Fall sorgt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit dem Dekan bzw. der Dekanin für die Bestellung eines neuen Prüfers bzw. einer neuen Prüferin.

§ 19 Ordnungsverstoß und Verfahrensmängel

- (1) ¹Prüflinge, die den ordnungsgemäßen Ablauf einer Klausur oder mündlichen Prüfung vorsätzlich oder grob fahrlässig stören, können von den Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. ²Das Vorkommnis ist unverzüglich dem zuständigen Prüfungsausschuss zu melden. ³Stellt dieser keinen den Ausschluss rechtfertigenden Ordnungsverstoß fest, ist den betroffenen Studierenden unverzüglich Gelegenheit zu geben, die Prüfungsleistung erneut zu erbringen. ⁴Stellt der Prüfungsausschuss das Vorliegen eines solchen Grundes fest, wird § 18 Abs. 4 analog angewendet. ⁵§ 18 Abs. 7 findet entsprechende Anwendung.
- (2) ¹Mängel des Prüfungsverfahrens sind unverzüglich bei den jeweiligen Prüfenden oder beim Prüfungsausschuss geltend zu machen. ²Der Prüfungsausschuss entscheidet auf Antrag des oder der betroffenen Studierenden, ob eine mit Verfahrensmängeln behaftete Prüfungsleistung erneut zu erbringen ist.

§ 20 Fortschrittskontrolle

- (1) ¹Die Erfüllung bestimmter Mindestanforderungen in angemessenen Fristen ist die Grundlage für die Fortführung des Studiums. ²Zu diesem Zweck vollzieht das Prüfungsamt eine Fortschrittskontrolle, die sich an folgenden Vorgaben orientiert:
- nach Abschluss des 1. Studienjahres im Bachelor-Studiengang sind mindestens 45 Leistungspunkte zu erreichen,
 - nach Abschluss des 2. Studienjahres im Bachelor-Studiengang sind mindestens 100 Leistungspunkte zu erreichen.
- ³Für die Fortschrittskontrolle werden auch Leistungspunkte aus noch nicht abgeschlossenen Modulen anteilig in Abhängigkeit von bereits abgeprüften Teilleistungen berücksichtigt.

- (2) ¹Gelingt es Studierenden nicht, die jeweils geforderte Mindestleistung zu erreichen, werden sie schriftlich durch das Prüfungsamt darauf hingewiesen, dass die Erreichung des Studienziels gefährdet ist. ²Gleichzeitig werden sie zur Teilnahme an einer Studienberatung aufgefordert, in der der bisherige Studienverlauf erörtert wird und Möglichkeiten aufgezeigt werden sollen, wie bis zum Abschluss des Folgetrimesters die zum Erreichen der Mindestleistungspunktzahl fehlenden Leistungen erbracht werden können. ³Das Prüfungsamt stellt die Ergebnisse der Fortschrittskontrolle in einer summarischen Form, welche den Richtlinien des Datenschutzes genügt, über den Vizepräsidenten bzw. die Vizepräsidentin für Lehre und Studium dem Präsidenten bzw. der Präsidentin zur Verfügung.
- (3) ¹Die Studienberatung im Rahmen der Fortschrittskontrolle erfolgt durch die Studiendekanin bzw. den Studiendekan des betreffenden Studiengangs. ²Zu diesem Zweck erhält diese bzw. dieser Einsicht in die Prüfungsakten der Studierenden des betreffenden Studiengangs.
- (4) Ergänzend zu der Fortschrittskontrolle nach den Absätzen 1 und 2 kann die Studiendekanin bzw. der Studiendekan anhand der Prüfungsakten der Studierenden des betreffenden Studiengangs von sich aus den Studienfortschritt kontrollieren und Studierende auch zu anderen als in Absatz 1 genannten Zeitpunkten zur Teilnahme an einer Studienberatung auffordern.

§ 21 Auszug aus der Studienakte

Sind am Ende eines Trimesters alle Ergebnisse dieses Trimesters datenmäßig erfasst, erhält der oder die Studierende auf Antrag einen Auszug aus der Studienakte, in dem die erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen dokumentiert werden (Transcript of Records).

§ 22 Bestehen und Nichtbestehen

- (1) ¹Die Bachelor-Prüfung oder die Master-Prüfung ist bestanden, wenn sämtliche Modulprüfungen und die Abschlussarbeit bestanden sind und die erforderliche Anzahl von Leistungspunkten erreicht ist. ²Die Bachelor-Prüfung oder die Master-Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn
1. der Nachweis sprachlicher Leistungen gemäß § 4 Abs. 2 nicht fristgerecht erbracht wurde,
 2. der bzw. die Studierende den Prüfungsanspruch gemäß § 18 Abs. 4 oder Abs. 5 endgültig verloren hat,
 3. eine Modulprüfung auch in ihrer letzten Wiederholung mit "nicht ausreichend" bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt (Abs. 2 bleibt unberührt),
 4. die Abschlussarbeit einschließlich ihrer letzten Wiederholung mit "nicht ausreichend" bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt oder
 5. der bzw. die Studierende nicht innerhalb der jeweiligen Höchststudiendauer nach § 3 Abs. 3 die zum erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Leistungen erbracht hat; § 3 Abs. 4 und § 16 Abs. 6 Satz 6 bleiben unberührt.
- (2) ¹Die FSPO können vorsehen, dass das Nichtbestehen eines Wahlpflichtmoduls durch das Bestehen alternativ wählbarer Module mit mindestens der erforderlichen Anzahl von Leistungspunkten geheilt werden kann. ²Die Höchststudiendauer nach § 3 Abs. 3 und die Frist nach § 5 Abs. 6 bleiben davon unberührt.

- (3) Ist die Bachelor-Prüfung oder die Master-Prüfung endgültig nicht bestanden, erteilt das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses der oder dem Studierenden hierüber einen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen schriftlichen Bescheid.
- (4) Auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise wird dem oder der Studierenden vom Prüfungsamt eine Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten ausweist und klar erkennen lässt, dass die Bachelor- oder Master-Prüfung endgültig nicht bestanden wurde.

§ 23 Zeugnis, Urkunde und Diplomanhang

- (1) ¹Über die bestandene Bachelor- oder Master-Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. ²Das Zeugnis enthält neben der Gesamtnote auch die Noten und Leistungspunkte der einzelnen Modulprüfungen sowie das Thema und die Note der Abschlussarbeit. ³Das Zeugnis enthält das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. ⁴Es ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Siegel der Universität zu versehen.
- (2) ¹An der Universität erfolgreich abgeschlossene Module, die für die Bachelor- bzw. Master-Prüfung nicht berücksichtigt worden sind, werden auf Antrag der oder des Studierenden mit Note und Leistungspunktzahl als Zusatzleistungen im Zeugnis ausgewiesen. ²Der Antrag ist spätestens eine Woche nach Vorliegen der Bewertung sämtlicher Prüfungsleistungen schriftlich beim Prüfungsamt zu stellen.
- (3) ¹Zusätzlich zum Zeugnis erhält die Absolventin oder der Absolvent eine Urkunde über die Verleihung des Abschlussgrades mit dem Datum des Zeugnisses. ²Die Urkunde wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Dekanin oder dem Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen.
- (4) ¹Mit dem Zeugnis erhält die Absolventin oder der Absolvent ein Diploma Supplement entsprechend den zwischen Kultusminister- und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmten Regelungen in der jeweils geltenden Fassung. ²Das Diploma Supplement enthält insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen, den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem.
- (5) ¹Die Diploma Supplements enthalten eine Angabe über die relative Leistung der Absolventin bzw. des Absolventen. ²Dies kann insbesondere
 - durch die Angabe so genannter "ECTS-Noten" bei einer statistisch genügenden Zahl von Absolventen,
 - durch die Angabe, ob der betreffende Absolvent / die Absolventin den besten 10 % oder 33 % seines / ihres Jahrgangs angehört,
 - durch die ergänzende Angabe der Notenverteilung für den betreffenden Jahrgang oder die letzten drei Jahrgänge
erfolgen. ³Das Nähere regeln die FSPO.
- (6) Zeugnis, Urkunde und Diploma Supplement werden in deutscher und in englischer Sprache verfasst.

§ 24 Ungültigkeit von Abschlussprüfungen

- (1) Hat ein Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffende Prüfungsleistung und gegebenenfalls die Bachelor-/Masterprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.
- (2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so erklärt der Prüfungsausschuss die Bachelor- oder Master-Prüfung für nicht bestanden.
- (3) Für Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 2 Satz 2 gilt § 7 Abs. 9 entsprechend.
- (4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis und der Diplomanhang oder die entsprechende Bescheinigung sind einzuziehen und gegebenenfalls in berichtigter Form neu auszustellen. ²Ferner ist die Urkunde über den Abschlussgrad in den Fällen der Absätze 1 und 2 Satz 2 einzuziehen, wenn die Bachelor-Prüfung oder die Master-Prüfung für "nicht bestanden" erklärt wurde.

§ 25 Akteneinsicht und Klausureinsicht

- (1) ¹Dem oder der Studierenden wird auf Antrag nach Abschluss einer jeden Modulprüfung Einsicht in seine bzw. ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten und in die gegebenenfalls dazugehörenden Gutachten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses beim Prüfungsamt zu stellen. ³Dieses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (2) Bei Klausurarbeiten kann abweichend von Abs. 1 eine Einsichtnahme auch durch die Prüferinnen und Prüfer vor Übersendung der Arbeiten an das Prüfungsamt gewährleistet werden, insbesondere durch die Bekanntgabe bestimmter Termine, an denen die Prüflinge ihre Klausuren ohne vorherigen Antrag einsehen können.

§ 26 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Hochschulanzeliger der HSU/UniBw H in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Allgemeine Prüfungsordnung für die Bachelor-Studiengänge und für die Master-Studiengänge an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg vom 14. Dezember 2017 (Hochschulanzeliger Nr. 01/2018), die zuletzt durch die Siebte Änderungsordnung vom 09.12.2021 (Hochschulanzeliger Nr. 02/2022) geändert worden ist, außer Kraft.